

Axel Springer Schweiz AG
8021 Zürich
043/ 444 52 52
www.beobachter.ch

Medienart: Print
Medientyp: Publikumszeitschriften
Auflage: 295'566
Erscheinungsweise: 27x jährlich



Themen-Nr.: 037.021
Abo-Nr.: 1094819
Seite: 8
Fläche: 19'452 mm²

Wiedergutmachungsinitiative

Das Parlament anerkennt, dass Unrecht geschah

Der Nationalrat will Verdingkindern und anderen Behördenopfern 20 000 bis 25 000 Franken zahlen. Ein Gesinnungswandel: 2004 hatte es das Parlament abgelehnt, Menschen zu entschädigen, die auf Beschluss von Behörden ihre ungeborenen Kinder hatten abtreiben müssen oder gegen ihren Willen sterilisiert worden waren. Kurz darauf beschloss das Parlament gar, die Geschichte der Verdingkinder nicht aufarbeiten zu lassen.

Initiative eventuell zurückziehen

Ein Umdenken setzte 2008 ein, als der Beobachter gezielt über Opfer der Behördenwillkür berichtete. Vor zwei Jahren schliesslich lag dem Heft ein Unterschriftenbogen der Wiedergutmachungsinitiative bei. Zudem nahm Beobachter-Verlagsgeschäftsführer Roland Wahrenberger Einsitz im Initiativkomitee. Tausende Leser unter-



Bald Geld für ehemalige Verdingkinder?

schrieben in der Folge die Volksinitiative, wonach der Staat das Unrecht endlich anerkennen und Opfern eine Entschädigung zahlen soll.

Treibende Kraft hinter der Initiative ist der Zuger Unternehmer Guido Fluri, selber im Heim und bei Pflege-

eltern aufgewachsen. Eines Nachts sei er schweissgebadet aufgewacht und habe sich entschieden, eine Volksinitiative zu lancieren.

Nun hat Fluri in monatelanger Arbeit Parlamentarier im persönlichen Gespräch überzeugt, dass die Schweiz das Leid der Betroffenen endlich anerkennt und dazu Geld nötig ist. Mit grossem Mehr sagte der Nationalrat Ja zum Gegenvorschlag des Bundesrats. Dieser sieht zwar statt 500 Millionen Franken nur 300 Millionen vor. Die tatsächliche Entschädigung soll aber, wie es die Initiative vorsieht, 20 000 bis 25 000 Franken pro Person betragen.

Fluri hat signalisiert, er werde die Initiative zurückziehen, falls auch der Ständerat zustimmt. Damit könnten schon früher erste Gelder ausgezahlt werden. Die Leidtragenden haben auf diese Anerkennung gewartet. Oft jahrzehntelang.

OTTO HOSTETTLER